Erfolgs, sondern die Verpflichtung, trotz aller Unsicherheit weiter zu handeln, zu erinnern und füreinander Sorge zu tragen. *Gliff* gehört deshalb zu den wichtigsten dystopischen Romanen der Gegenwart. Das Buch entwirft keine ferne, furchterregende Zukunft, sondern macht sichtbar, wie diese bereits in unserer Gegenwart vorhanden ist. Die Antwort auf Überwachung, Auslöschung und politische Ohnmacht liegt in der Fähigkeit solidarischer Praxis, Erinnerung gegen Herrschaft zu bewahren und neue gesellschaftliche Möglichkeiten zu eröffnen.

Jenny Farrell

Faschismus reloaded?

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 146, 2026, 10,00 Euro

In der marxistischen Debatte wird die faschistische Gefahr ernst genommen. Auf unterschiedlichen Ebenen nähert man sich dieser bedrohlichen Entwicklung an, die sich nicht nur in Deutschland und Europa zeigt, wie auf der Konferenz beim Zetkin-Forum (Berlin) im vergangenen Jahr eindrücklich sichtbar wurde. Auch der »Marxistischer Ratschlag« vom April des Jahres der vier marxistischen Zeitschriften in Frankfurt am Main hatte das Thema »Rechtsentwicklung: Ursachen, Hintergründe, Gegenstrategien«. Dass etwa 200 Menschen zu dieser Beratung kamen, macht den Diskussions- und Klärungsbedarf unter Linken sichtbar.

Die aktuelle Ausgabe (Heft 146) der Zeitschrift »Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung« nimmt sich dieser Debatte ebenfalls an unter dem Schwerpunkt »Faschismus reloaded? Internationale Rechtsentwicklung und der historische Faschismus«. Den Autor:innen geht es weniger darum, historische Analogien aufzuzeigen, sondern neue Entwicklungen in den Blick zu nehmen, auf die die politische Linke – Parteien, Gewerkschaften und andere Kräfte der Zivilgesellschaft – zu reagieren hat.

Der inhaltliche Schwerpunkt behandelt eine interessante Bandbreite der Fragestellungen. Gerd Wiegel arbeitet an einer begrifflichen Klärung und einer Ursachenanalyse der internationalen Rechtsentwicklung »Von Meloni bis Trump«. Er thematisiert exemplarisch die Aufstiegsbedingungen der autoritären Rechten, wobei für ihn die Verbindung zur neoliberalen Durchdringung der betreffenden Staaten (Italien, USA Ungarn und Argentinien) von Bedeutung ist. Er hebt hervor: »Gemeinsam ist allen Ausprägungen der extremen Rechten eine autoritäre Formierung, die (auch) als Reaktion auf kapitalistische Krisenerscheinungen verstanden werden muss.« (S. 28) Gleichzeitig betont er aber, dass es in der begrifflichen Fassung dieser Entwicklungen bislang keine Einheitlichkeit – ergo keine Klarheit gibt. Er selber spricht von einer »extremen Rechten«. In der analytischen Literatur finden sich Begriffe wie »Autoritarismus«, »Faschismus«, »Faschisierung«, in der medialen Bearbeitung liest man von »Rechtspopulismus« und »Rechtsextremismus«. Er selber spricht sich gegen eine vorschnelle Parallelisierung zum historischen Faschismus aus. Für ihn sind AfD, RN in Frankreich und andere extreme Rechte zwar mit autoritären Vorbildern verbunden, »ohne bisher tatsächlich eine Politik zu betreiben, die sinnvoll mit dem Begriff Faschismus bezeichnet werden kann«. (S. 32)

Als »Urgestein« der DDR-Geschichtswissenschaft beschäftigt sich Manfred Weißbecker, der bis heute wichtige Impulse zur Faschismus-Debatte liefert, mit dem »historische(n) Faschismus und frühe(n) marxistische(n) Deutungen – Schnee von gestern oder doch beachtenswert?«

Er zeigt, wie lohnenswert es ist, sich nicht nur mit den populären Faschismus-Definitionen zu beschäftigen, sondern frühere Ansätze, die den Faschismus in seiner Entwicklung – noch nicht an der Macht in seiner terroristischen Form – betrachten. Mit Hinweis auf das grundlegende Referat von Clara Zetkin von 1923 und weiteren Studien der damaligen Zeit betont er, dass bei aller zeitbedingten Erkenntnis, die aber auch ihre Grenzen in der historischen Entwicklung faschistischer Herrschaft hatte, für ihn Klassen- und Machtverhältnisse Grundlagen einer materialistischen Analyse sein müssen.

Denn »Faschismus allein von seinem Erscheinen während des Zweiten Weltkrieges her zu werten, kann in die Irre führen. Ebenso wäre es problematisch, ihn lediglich von seinen Anfängen her zu betrachten. Insofern sollte es auch gegenwärtig um eine historisierende Faschismusforschung gehen, die nichts aus jeweiligen historischen Kontexten löst und der Gefahr schablonenhafter Begriffsbildung entgeht.« (S. 42) Als Fazit plädiert er »für eine Faschismusforschung, die als geeignete und Erfolg versprechende Grundlage antimilitaristischer, antiimperialistischer, antirassistischer, also einer menschlichen und menschengerechten Politik dienen kann«. (S. 44)

Mehrere Beiträge beschäftigen sich mit den internationalen Tendenzen, wobei Richard Gebhardt in seinem Beitrag »Mit materialistischen Faschismustheorien die internationale Rechtsentwicklung begreifen?« die jeweiligen nationalen Spezifika in den Fokus rückt und sich gegen eine vorschnelle Einordnung und die Zuweisung des »Faschisierung«-Begriffs ausspricht.

Fundiert setzt sich Phillip Becher mit der US-amerikanischen Entwicklung der extremen Rechten unter der plakativen Überschrift »Die Exhumierung Joe McCarthys« auseinander. Dabei geht es ihm nicht nur um die innenpolitische autoritäre Formierung, den Griff der ökonomischen Eliten auf den Staatsapparat, sondern auch um die Wirkung in Richtung extrem rechter Kräfte international. Illustrierend zeigt er, welche historischen Parallelen sichtbar sind. Als inhaltliche Ergänzung ist der Aufsatz von Michael Schwan, »USA: Die Zusammensetzung der neuen Machtelite«, anzusehen. An die Stelle des Finanzkapitals ist heute mit Big-Tech (Elon Musk u. a.) ein neuer, scheinbar eigenständiger Akteur getreten, der mit seiner Ablehnung von demokratischen Strukturen günstigere Verwertungs- und letztlich Machtmöglichkeiten favorisiert.

Dass die Entwicklung der faschistischen Bewegungen in Lateinamerika nicht eindeutig erklärbar ist, zeichnet Patrick Eser in seinem Aufsatz »Die Rechtswende in Argentinien und der Mileismus im Lichte der Faschismustheorie« nach. Zurecht stellt er infrage, inwieweit die Kategorien der marxistischen Faschismusanalyse schematisch auf den nicht nur antidemokratischen und antisozialen Autoritarismus, sondern die gleichermaßen anarchische und »antiautoritäre« Herrschaftsform anzuwenden ist.

Um Antworten auf die bundesdeutsche Situation zu geben, beschäftigt sich Joachim Becker mit der »Sozio-ökonomische(n) Programmatik unterschiedlicher Strömungen der nationalistischen Rechten«. Am Beispiel der AfD untersuchen Richard Detje und Nicole Mayer-Ahuja den Einfluss der Partei auf die Arbeiterschaft und relativieren das heutzutage der AfD zugeschriebene Prädikat »Arbeiterpartei«. Als Ergänzung passt dazu der Kommentar von Daphne Weber zu den Betriebsratswahlen, die beileibe keinen Durchbruch der AfD in den Betrieben signalisierten. (S. 17) Detjen und Ahuja sehen das Kampffeld gegen die extreme Rechte auch in den Betrieben – und damit als originäre Aufgabe der Gewerkschaften. Sie kommen zu dem Ergebnis: »Eine Politik der Arbeit, die ganz im Sinne klassischer ›Arbeiterparteien‹ auf Gleichheit, Menschenwürde und Solidarität setzt, ist das wirkungsvollste Mittel, um der AfD das Wasser abzugraben.« (S. 109)

Eine interessante Perspektive eröffnet Irina Herb mit Blick auf soziale Reproduktion und Care-Arbeit. Mit Blick auf historische Parallelen zur Weimarer Republik und die NS-Ideologie macht sie deutlich, dass sich faschistische Antworten (Rolle der Mütter und Familienbild) – bei aller »Modernität« – nicht gewandelt habe, ergo Frauen auch in der politischen Praxis der extremen Rechten bis heute die Leidtragenden der bestehenden Reproduktionskrisen sind.

Um den Transfer zur politischen Handlungsorientierung herzustellen, entwickelt Anika Taschke (Rosa-Luxemburg-Stiftung) Thesen zum Thema »Antifaschismus heute«. Dabei legt sie einen breiten Antifaschismus-Begriff zugrunde, der soziale Bewegungen, Kampf um Demokratie und Freiräume für zivilgesellschaftliche Bewegungen verbindet. Natürlich gehören auch antikapitalistische Perspektiven dazu. Sie macht deutlich, dass sich mit Blick auf regionale Bedingungen und soziale Betroffenheit antifaschistische Bündnisse recht

heterogen darstellen können. Solche Unterschiedlichkeit zusammenzuführen sieht sie als Herausforderung an. Als Defizit dieser Thesen, die auch ihre Unschärfe zum Ausdruck bringt, ist ihr fehlender Bezug zum verbindenden politischen Vermächtnis des Antifaschismus von 1945 zu sehen. So spricht beispielsweise die VVN-BdA davon, Antifaschismus sei ein Zukunftsentwurf. Das kann man aber nur, wenn man die Losung von 1945 »Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln« für heute übersetzt.

Ulrich Schneider

Geschichten aus der Geschichte

Sebastian Haffner, Karl Schlögel (Nachwort): ***Der Teufelspakt. Eine Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen***, Carl Hanser Verlag, München 2026, Gebundene Ausgabe, 224 Seiten, 24 Euro

Von Sebastian Haffner erschien 1967 im *Stern* eine Serie unter dem Titel *Der Teufelspakt*, die das zum Gegenstand hatte, was er die *Beziehungen zwischen Russland und Deutschland* nannte. Sie erschien später auch als Buch[1]. Danach kam es zu Neuauflagen, die jüngste nun 2026. *Karl Schlögel*[2] versah sie mit einem Nachwort. In der SZ vom 10. Juni erschien dazu eine ausführliche Rezension von *Martin Schulze Wessel*.[3] Unter der Überschrift *»Miteinander, Gegeneinander, Ineinander«* nennt dieser das Werk *»scharfsinnig erzählt«* und begrüßt den Zeitpunkt als *»genau richtig«*. Um das zu beurteilen, ist es deshalb notwendig, sich mit dem Buch selbst genauer zu befassen:

Gegenstand seiner Betrachtungen sind die Beziehungen und Interaktionen zunächst mit dem kaiserlichen Reich und den Bolschewiki, dann rechtskonservativen deutschen Regierungen und dem neu entstandenen bolschewistischen Staat. Er nennt die dabei vollzogenen Bündnisse *»unnatürlich«*, also einen *»Teufelspakt«*! Als wichtigste Etappen führt er aus:

Haffner analysiert die ***Einschleusung Lenins nach Petrograd*** durch die deutsche Führung 1917 als »Auslöser« der Oktoberrevolution mit dem Ziel, den Krieg mit Russland zu beenden, um so im »Westen« noch zum Sieg zu kommen.

Die wichtigste Bedingung für den Erfolg der Oktoberrevolution sei das ***Versprechen des Friedens*** gewesen, die Deutschen wollten aber ihren Krieg gewinnen. Mit ihren Divisionen im Osten konnten sie erniedrigende Bedingungen diktieren. Diese hinzunehmen war für Lenin und die Seinen ein notwendiges Übel zum Erhalt der Revolution als dem ersten Schritt zur Weltrevolution. Die konnte aber nur von Deutschland ausgehen! Haffner belegt dann deutlich die Erwartung der deutschen Führung, Russland nach ihrem Sieg zu kolonisieren!

Im November 1918 erzwang aber nicht die ***deutsche Revolution*** das Kriegsende, sondern der Zusammenbruch der Fronten. Die revolutionären Bewegungen und Institutionen seien deshalb verpufft. Und die deutschen Sozialdemokraten – ihre Partei war ja *»die größte, mächtigste, erfolgreichste, auch … die reichste«* Partei der damaligen 2. Internationale – zeigten, *»dass sie in Wahrheit Konterrevolutionäre geworden waren«*.[4] Die revolutionären Kämpfe von 1919/20 seien »Rückzugsgefechte« gewesen. Der »unblutigen Revolution« 1918 folgte eine ***»blutige Gegenrevolution«***. Unter Ebert, stellt Haffner fest, sind mehr Revolutionäre *»auf der Flucht erschossen worden als 1933 und 1934 unter Hitler«*.[5] Die *Dritte Internationale* wurde ausgerufen. Deren Zentrum war nicht mehr *Deutschland*, sondern *Russland!*

Nachdem die Bolschewiki den schrecklichen Bürgerkrieg mit all seinen internationalen Einmischungen erfolgreich durchgestanden hatten,

1 Hamburg 1968.
2 Historiker 2025 Friedenspreis des Deutschen Buchhandels.
3 Historiker, Universität München.
4 Haffner S. 75.
5 S. 78.